

Bildung

„Dilettantismus“: Neos fordern 20.000 zusätzliche Pädagogen für Kindergarten und Schule

Neos-Bildungssprecherin Martina Künsberg Sarre Jana Madzigon, Presse

25.06.2024 um 12:37

Die pinke Bildungssprecherin Martina Künsberg Sarre wirft Bildungsminister Martin Polaschek „Dilettantismus“ vor. Der Grund: Kinder, Lehrer und Eltern würden im Bildungssystem „zermürbt“.

Kurz vor Beginn der Sommerferien in Ostösterreich haben die Neos Bildungsminister **Martin Polaschek** (ÖVP) ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Er sei „an Dilettantismus nicht zu übertreffen“, kritisierte Bildungssprecherin **Martina Künsberg Sarre** am Dienstag. Die Unzufriedenheit mit den Schulen sei groß, verwies sie auf Ergebnisse einer aktuellen Elternbefragung. Um die Situation zu bessern, fordern die Neos u.a. 20.000 zusätzliche Pädagogen für Kindergarten und Schule bis 2034.

Derzeit würden viele Kinder, Lehrerinnen und Lehrer wie auch Eltern im Bildungssystem „zermürbt“, beklagte Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger vor Journalisten. Als Beleg dafür sah sie die Ergebnisse einer Triple-M-Umfrage im Auftrag der Neos unter Eltern (online, 1.000 Eltern, darunter 655 von Schul- und 345 von Kindergartenkindern, Schwankungsbreite 3,5 Prozentpunkte): Als größtes Problem nannten diese dabei den Lehrer- bzw. Pädagogenmangel und dass das Personal deshalb zu wenig Zeit fürs Unterrichten oder pädagogische Tätigkeiten habe.

Zu große Klassen in den Pflichtschulen

Auch zu große Klassen in der Pflichtschule wurden häufig genannt. Die Hälfte der Eltern von Volksschulkindern (268 Befragte) sorgt sich laut Umfrage, ob ihre Kinder für „das echte Leben“ gerüstet werden, wegen Mobbing und wegen des hohen Zeitaufwands bzw. der Kosten für die Schule. Ebenso viele machen sich Sorgen, dass die Talente ihrer Kinder unentdeckt bleiben könnten - ein „Alarmzeichen“, fand Meinel-Reisinger.

Mittlerweile habe sie weder an Polaschek noch an dessen grünen Koalitionspartner Erwartungen, der Minister solle aber wenigstens noch das aktuelle „Chaos“ rund um die Vorwissenschaftliche Arbeit (VWA) an den AHS beenden, forderte sie. Es könne nicht sein, dass wenige Tage vor Ferienbeginn unklar sei, ob die VWA für die Maturierenden des nächsten Schuljahrs nun verpflichtend ist oder - wie von Polaschek angekündigt - nicht, kritisierte Künsberg Sarre. Ähnlich auch die FPÖ: „Der Minister hat die Pflicht, den Schülern und Lehrern zeitnah zu übermitteln, worauf sie sich vorbereiten und einstellen müssen“, so Bildungssprecher **Hermann Brückl** in einer Aussendung. Die FPÖ plädiert für die Abschaffung der VWA.

Und auch bei der Reform der Freizeitpädagogik und dem Paket zur Entlastung der Schulen von Bürokratie habe Polaschek vorschnell Reformen verkündet, die nun wohl doch nicht kämen, meinte Künsberg Sarre. „Die Eltern sehen aber Bedarf an Reformen, nicht an Ankündigungen.“

Anreize für Teilzeitkräfte

Für die Neos sind nun „große Ansagen“ nötig: In den nächsten zehn Jahren sollen demnach 20.000 zusätzliche pädagogische Kräfte an Schulen und Kindergärten geholt werden. Um dieses „ambitionierte Ziel“ zu erreichen, soll u.a. die Arbeit in Kindergarten und Schule attraktiver gemacht und für Kindergartenpädagogik ein grundständiges Studium zusätzlich zur Schul- bzw. Kollegausbildung eingerichtet werden. Derzeit gebe es zwar genug Absolventinnen der Kindergarten-Ausbildung, nur wenige gingen aber in den Beruf. An den Schulen brauche es wiederum Anreize für jene 40 Prozent des Personals, die Teilzeit arbeiten, ihre Arbeitszeit aufzustocken. Gleichzeitig soll Lehrpersonal im Pensionsalter leichter weiter unterrichten können, wenn das von den Lehrern und Schulen gewünscht wird.

Außerdem notwendig wäre deutlich mehr Autonomie für die Schulen und damit weniger Bürokratie, mehr Supportpersonal (Schulsozialarbeiter, -psychologen etc.), Belohnungen für engagierte Lehrkräfte und Erleichterungen beim Quereinstieg, indem auch Vordienstzeiten in der

Privatwirtschaft angerechnet werden. (APA)

Lesen Sie mehr zu diesen Themen:

- **Innenpolitik**
- **Schule**
- **Bildung**